

Liebe Genossinnen und Genossen,



Bild: Anja Limbrunner

heute überreichen wir euch die 60. Ausgabe unseres Mitgliederbriefes. Seit 2015 veröffentlichen wir ihn auf unserer Homepage und schicken ihn euch per Mail, seit 2017 regelmäßig einmal im Monat. Aber wir wissen, dass ihn längst nicht alle lesen und dass in der täglichen E-Mail-Flut leider so manches untergeht. Von Anfang an habe ich davon geträumt, dass wir euch den Mitgliederbrief per Post nach Hause senden können. Leider wird dies aufgrund

der enormen Kosten wohl ein Traum bleiben müssen. Aber nachdem wir im vergangenen Jahr so wenig Möglichkeit für Veranstaltungen und Treffen hatten, wollten wir euch zumindest auf diesem Wege mal ein Lebenszeichen nach Hause senden.

weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Drei starke Stimmen für Berlin	2
Die Frage nach dem Wir ist zentral	7
Was ist regional wert?	
Landwirtschaft richtig wertschätzen	9
Julia mit Hugo on tour	10
Bei der Wohnungslosenhilfe in Müllheim	10
Klara Geywitz zur Wahl in Sachsen-Anhalt	11
Endlich mal wieder zusammen	12
Ortskräfte Afghanistan schützen!	13
Grün-schwarz hat die Breisgau-S-Bahn aufgegeben	15
SPD-Schlussoffensive in der Groko	16
Die SPD ist Schuld	19
Medienecke:	
Private Fahndungsaufrufe	20
Termine	22
Impressum	23

Corona hin oder her, die Kreisarbeit hat nicht geruht. Wir mussten zwar vieles umstellen und gerade der Landtagswahlkampf hat unter den Einschränkungen sehr gelitten. Aber wir haben viele neue Formate entwickelt, von denen einige die Pandemie sicherlich überleben werden. In dieser Sonderausgabe gibt es viel Aktuelles aber auch einige tolle Berichte aus den letzten Monaten und auf der Terminseite könnt ihr wie immer schauen, was es als nächstes so geben wird. Da lohnt es sich sonst sogar noch mehr zu gucken, da jetzt doch erstmal die Sommerferien vor der Tür stehen.

Wir hoffen, mit dieser Ausgabe den ein oder anderen von euch, der bislang noch nicht zu unseren regelmäßigen Lesern zählt, neugierig zu machen und freuen uns, wenn wir euch zukünftig regelmäßig zum Schmökern animieren können. Und noch mehr freuen wir uns natürlich, wenn wir euch bald mal wieder auf einer Veranstaltung treffen können, sowohl digital als auch in Präsenz.

Alle bisherigen Ausgaben unseres Mitgliederbriefes könnt ihr auf unserer Homepage unter <https://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de/unser-mitgliederbrief> nachlesen.

Habt einen wunderschönen Sommer,
herzliche Grüße,

Bül Söhne

Drei starke Stimmen für Berlin

(aus dem Mitgliederbrief 58 vom Mai 2021)

Die Bundestagswahl Ende September wirft ihre Schatten voraus. Mit dem Parteitag und der Verabschiedung unseres Zukunftsprogrammes hat der Wahlkampf begonnen. Zeit, unsere Kandidierenden vorzustellen.

Unser Landkreis ist auf drei Bundestagswahlkreise verteilt: Den Wahlkreis 281 Freiburg und alles westlich davon, 282 Lörrach-Müllheim, zu dem das Markgräflerland zählt und den Wahlkreis 288 Waldshut, zu dem der Hochschwarzwald zählt.

Mit Julia Söhne, Takis Mehmet Ali und Rita Schwarzelühr-Sutter haben wir in jedem dieser Wahlkreise ein überzeugendes Angebot für die Wählerinnen und Wähler.

Julia Söhne

Ich bin in einer echten Patchworkfamilie groß geworden. Meine Familie wohnt am Kaiserstuhl, in der March und im Vauban. Wir verbringen viel Zeit miteinander. Schon in der Grundschule hat es mich geärgert, dass viele meiner Klassenkamerad:innen mit Migrationshintergrund nicht mit mir aufs Wentzinger-Gymnasium wechseln durften, obwohl wir ungefähr dieselben Noten hatten. Wie ungerecht unser

Bildungssystem ist, habe ich schon früh mitbekommen. Über die Schülerstreikdemos bin ich dann auch zur Politik gekommen. Und nun, zehn Jahre später, möchte ich für den Wahlkreis Freiburg das Direktmandat gewinnen und in den Bundestag einziehen.



Der Entschluss für meine Bewerbung um die Kandidatur ist wohlüberlegt. Er resultiert aus meiner Überzeugung, dass Freiburg und sein schönes Umland als stark wachsende Region mit eben auch stark wachsenden Ungleichheiten eine sozialdemokratische Vertretung im Bundestag braucht. Ich möchte kandidieren, weil sich an der Lebensrealität von Pfleger:innen, Erzieher:innen und Kassierer:innen durch Klatschen alleine nichts ändern lässt, durch

Politik aber schon. Weil wir nicht zulassen dürfen, dass Wohnen immer teurer wird, Familien ohne zuverlässige, gebührenfreie Kinderbetreuung auf dem Zahnfleisch gehen oder Kinder in Armut aufwachsen müssen. Weil wir soziale Politik brauchen, die nachhaltig ist, und nachhaltige Politik, die sozial ist: Die Klimawende gelingt nur, wenn sie sozial verträglich gestaltet wird. Egal, ob bei der Verkehrswende, nachhaltiger Landwirtschaft oder der Energieversorgung: Es geht um unsere Zukunft.

All diese Themen habe ich während meiner Zeit als Gemeinderätin in Freiburg schon aktiv begleiten dürfen. Dabei wurde deutlich: Entschieden werden diese Themen hauptsächlich in Berlin. Ich möchte kandidieren, um dafür zu kämpfen, dass die Bundespolitik das Leben der Menschen im schönsten Wahlkreis der Welt besser und gerechter macht. Anders als meine Konkurrent:innen von den Grünen und den Linken kandidiere ich ohne sicheres Netz und doppelten Boden, sondern setze alles auf die Erststimme. Ich möchte Ihre und eure direkte Stimme in Berlin sein und für eine echte Veränderung in der Politik sorgen.

Julia Söhne



[Mehr zu Julia gibt es auf ihrer Homepage.](#)

UNTERSTÜTZT JULIA

Wahlkampf ist teuer und Julia braucht deshalb eure Unterstützung. Helft ihr bei ihrer Crowdfunding-Kampagne und schickt sie „in vier Etappen über Mannheim, Fulda und Leipzig“ [mit eurer Spende nach Berlin](#).



Takis Mehmet Ali

Mein Name ist Takis Mehmet Ali, Deutsch-Griecher, 29 Jahre alt, wohne in Badenweiler, kandidiere für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim und lebe meinen LGBTQ-Hintergrund sehr offen aus. Ich habe die Leitung der Verwaltung und Soziales der Christophorus-Gemeinschaft inne, lehre Recht und Ökonomie an der DHBW, promoviere zum Bundesteilhabegesetz und vertrete den DPWV BW in Arbeitsgruppen

der Vertragskommission Rehabilitation und Teilhabe. Ich bin Mitglied der SPD seit 2012, Beisitzer im KV Breisgau-Hochschwarzwald, Schriftführer im OV Markgräflerland und stellvertretender Juso-Vorsitzender des KV Breisgau-Hochschwarzwald.



Ich bezeichne mich als ein Arbeiterkind der Europäischen Union. Es braucht eine starke Sozialdemokratie gegen die, die Spalten wollen, auf Hass setzen und gegen die, die die Europäische Union abschaffen möchten. Die Europäische Union ist der Garant für Toleranz, Vielfalt und die Freiheit. Ich persönlich bin ein Produkt dieser Europäischen Union, als Grieche aus der Türkei, der hier in Deutschland sein Leben so leben darf, wie er es möchte - das lasse ich mir nicht wegnehmen!

Sozialstaat und Wirtschaft in guten Händen

Das ist das Motto meines Wahlkampfes für die Bundestagswahl 2021!

Das bedeutet für mich eine beschäftigungsfreundliche und solidarische Arbeitsmarktpolitik. Die Umsetzung der Klimaschutzziele bringt mit sich, dass wir auch die Wirtschaft genau betrachten müssen, um die Beschäftigten nicht zu vernachlässigen. Die Gestaltung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und die Umsetzung des Transformationsprozesses braucht ein ganzheitliches Denken. Dabei werden sich neue Fragen an den Sozialstaat stellen.

Wir müssen die Sicherheit geben, dass der Staat sich kümmert. Wir müssen jede politische Entscheidung aus der Sicht der Beschäftigten sehen - dies ist präventiv gegenüber sozialen Spannungen.

Wir brauchen ein Bürgergeld, die Einführung einer fairen Bürgerversicherung und eine Reform der Rentenversicherung. Durch höhere Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen, schaffen wir es, alle mitzunehmen und Zukunft zu gestalten. Für eine tragfähige Sozialversicherung braucht es all diese Maßnahmen. Dann gibt es auch kein Problem bei der Finanzierung der Sozialversicherung.

Sonst bin ich ein sehr offener, optimistischer und lebensfreudiger junger Mann. Ich reise gerne, begegne zu gerne Menschen und bin sehr neugierig. Lasst uns

gemeinsam die Aufgaben der Zukunft anpacken und ein Leben mit Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit gestalten.

Bis dann und Glück auf.

Takis Mehmet Ali



[Mehr zu Takis gibt es auf seiner Homepage.](#)

UNTERSTÜTZT TAKIS

Helft Takis im Wahlkreis durch eure finanzielle Unterstützung. Auch kleine Beiträge helfen ihm weiter auf seinem Weg nach Berlin.

Alle nötigen Informationen dazu [gibt es auf seiner Homepage.](#)



Rita Schwarzelühr-Sutter

Meine Kinder und Enkelkinder sollen es einmal besser haben. Diesen liebevollen Spruch, liebe Genossinnen und Genossen, kennen wir vermutlich alle – von unseren Eltern, der Nachkriegsgeneration. Er hat noch immer Bedeutung. Aber eine andere. Nicht mehr höher, besser, schneller, mehr ...

Wenn mich Kinder und Enkelkinder einmal fragen werden, was ich für ihre Zukunft und Lebensgrundlage getan habe, dann möchte ich ihnen guten Gewissens sagen können, dass ich die Gefahren des Klimawandels nicht nur gesehen habe, sondern, dass ich mit erfolgreicher Klimaschutzpolitik zu einem sozial-ökologischen Nachhaltigkeitwandel beigetragen habe.



Das, liebe Genossinnen und Genossen, motiviert mich mehr denn je, Politik zu machen – zuhause und in Berlin, in Europa und weltweit. Ich möchte unseren Zukunftsgenerationen eine Welt übergeben, in der große Wertschätzung für unsere naturgegebenen Ressourcen einher geht mit einer stabilen Wirtschaft und sicheren Arbeitsplätzen, mit einem guten Leben in Frieden für möglichst viele Menschen – nicht nur in Deutschland.

Nach mehr als einem Jahr Pandemie mit extremen Belastungen für jeden von uns, vor allem aber für die Familien und die Unternehmer, zeichnet sich in diesem Wahlsonntag der Aufbruch ab. Nicht einfach nur zurück in eine alte Normalität, sondern vorwärts, mit einem sozialdemokratischen Zukunftsprogramm. Wir, die SPD, haben in dieser Krise maßgeblich für Wirtschaftshilfen, sichere Arbeitsplätze und soziale Stabilität gekämpft. Und uns vielfach gegen den Koalitionspartner durchgesetzt. Zuletzt – und mit Rückenwind vom Bundesverfassungsgericht – auch beim Klimaschutz.

Schon bei den Verhandlungen über das Pariser Klimaschutzabkommen habe ich als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit für das 1,5-Grad-Ziel geworben. Dass wir uns im deutschen Klimaschutzgesetz jetzt schon für 2045 auf Treibhausgasneutralität verpflichten, dass wir den Atom- und Kohleausstieg beschlos-

sen haben, und dass der konsequente Ausbau von erneuerbaren Energien in Gang gekommen ist – das sind erste Meilensteine auf dem Weg in die Zukunft, die ich mir für unsere Kinder wünsche. Das muss weitergehen.

Zur Demokratie gehört, dass anfangs unbequeme Wahrheiten nicht von heute auf morgen Mehrheiten finden. Der Erfolg beginnt mit Kompromissen zu kleinen Lösungen, wo eigentlich große notwendig wären. Mein Beispiel dafür sind die Risiken der Atomkraft. Deutschland hat hier die richtige Entscheidung getroffen. Ich hoffe weiter, dass auch die Schweiz und Frankreich sich überzeugen lassen.

Das wäre ein weiterer und für mich persönlich sehr wichtiger Erfolg meiner politischen Arbeit für den Wahlkreis Waldshut-Hochschwarzwald, den ich inzwischen mit einjähriger Unterbrechung seit 2005 im Deutschen Bundestag vertrete. 2013 hat mich die Bundesumweltministerin zur Parlamentarischen Staatssekretärin ernannt und damit zugleich auch sowohl zur Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), als auch zur Kuratoriumsvorsitzenden der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gemacht.

Das sind herausfordernde Aufgaben, teilweise auf internationalem Parkett, deren Ergebnisse in vielen Fällen auch meiner Heimatregion zugutekommen. Mit meiner Kandidatur für die Bundestagswahl

am 26. September 2021 mache ich mich stark dafür, dass der Kreis Waldshut und der Hochschwarzwald in der Zukunftsregierung mit der SPD und einem Bundeskanzler Olaf Scholz einen festen Platz hat und gleiche Chancen bekommt. Aus der Mitte des ländlichen Raums zu kommen, darf kein Nachteil sein. Ich möchte daraus eine Stärke machen. Für sichere Arbeitsplätze, Bildungschancen für alle, Digitalisierung, moderne Mobilität und Gesundheitsvorsorge – mitten in Europa.

Dafür trete ich an. Unterstützt von meiner Familie, mit der ich seit meinem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Freiburg i. Br. und Zürich in Lauchringen lebe. Einer kleinen, aber sehr lebendigen Gemeinde, die für mich Kraft- und Rückzugsort ist. Bei Gartenarbeit, einem Spätkrimi, gutem Essen und einem schönen Wein.

Eure *Rita Schwarzelühr-Sutter*



[Mehr zu Rita gibt es auf ihrer Homepage.](#)

Die Frage nach dem Wir ist zentral

(aus dem Mitgliederbrief 59 vom Juni 2021)

Unsere parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium und Bundestagskandidatin Rita Schwarzelühr-Sutter hatte Anfang Juni die Transformationswissen-

schaftlerin Maja Göpel zu Gast. Ein Gespräch, das zwar durchaus sehr gut besucht war, aber einfach noch viel mehr Aufmerksamkeit verdient gehabt hätte. Ich möchte zwei, drei Gedanken zu diesem Gespräch aufschreiben, die mir sehr wichtig sind.

Die kürzeste Zusammenfassung des Gesprächs, das man auf YouTube sehen kann (und sollte – Link am Ende) habe ich in die Überschrift gepackt:

Die Frage nach dem Wir ist zentral

Das klingt so überzeugend, wie banal und ist gleichzeitig so unfassbar weit weg von unserem täglichen Empfinden, das eher eine Ellbogengesellschaft und skrupellosen Kapitalismus sieht.

Im Wesentlichen ist das die Frage nach der Post-Wachstumsgesellschaft, die zum Beispiel unser früherer Landtagsabgeordneter Christoph Bayer und natürlich Ernst-Ulrich von Weizsäcker immer wieder thematisiert haben. So gesehen ist es kein Wunder, dass Göpel Mitglied im Club of Rome ist, dem von Weizsäcker lange vorstand.

Gesucht ist also eine Art des Wirtschaftens, die sich an Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Das passt zugegebenermaßen nicht ins derzeitige Wahlkampfgedöns, wo Fragen der Nachhaltigkeit gerne auf den Benzinpreis reduziert werden. Tatsächlich ist es auch so, dass unser derzeitiges System sogar Unternehmer bestraft, die nachhaltig und eben nicht rein profitorientiert arbeiten wollen. Darauf wies Göpel mit Nachdruck hin.

Dazu fällt mir spontan das Thema „Verantwortungseigentum“ ein. Das ist eine Unternehmensform, bei der die Eigentümer eines Unternehmens zwar mitbestimmen dürfen, aber nicht mitverdienen. Es ist interessant zu sehen, dass selbst große Unternehmen so arbeiten, es aber dennoch keine entsprechende Rechtsform dazu in Deutschland gibt ... und das, obwohl der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ ja sogar im Grundgesetz steht. Derzeit behelfen sich so arbeitende Unternehmen mit komplizierten Stiftungsmodellen, während in Dänemark die meisten Unternehmen genau so organisiert sind.

Unser Wirtschaftsmodell unterwirft sich stattdessen vollständig dem Bruttoinlandsprodukt. Das muss steigen – koste es, was es wolle. Letzteres ist ernstzunehmen. Göpel erinnert daran, dass mittlerweile 13% des BIP dazu dienen, die Schäden unseres Wirtschaftens zu bezahlen. Sie kommt dabei auf den Benzinpreis zurück: Bei einer ehrlichen Bilanz stellt man fest, dass wir jeden Liter Benzin mit zwei Euro subventionieren.

Wie ein Umdenken und Umlenken aussehen kann, das kann man auf allen Ebenen diskutieren und selbstverständlich muss ein globaler Ausgleich geschaffen werden. Eine wichtige Rolle kommt aber auch den Kommunen zu, die eben die Situation vor Ort am besten kennen, die dafür aber nicht ausgestattet sind. Göpel plädierte deshalb eindrücklich für einen Schuldenschnitt statt einer Schuldenbremse. Die Kommunen müssen aus ihrer „öffentlichen Lethargie“ befreit werden, die durch Abbau und Privatisierung gekennzeichnet ist. Nur so gelinge ein „Empowerment der Menschen“, das „ihnen ermöglicht, ihre Interessen (wieder) eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten“ (Wikipedia).

Nicht finanzierbar? Naja, wir subventionieren die fossilen Brennstoffe mit jährlich 50 Mrd. Euro. Wir brauchen einfach andere Kriterien für Wohlstand, als den auch in diesem Text schon zu viel strapazierten Benzinpreis. Was ist tatsächlich ein Verlust für uns? Ungezügelter Autofahren oder Hitzewellen, Artensterben und dergleichen mehr?

Alles interessante Fragen, könnte man sagen. Da müssen wir mal drüber reden und nachdenken. Ja. Schon. Das tun wir aber schon lange. Sehr lange. Nur fehlt uns dazu mittlerweile die Zeit. Es ist eher Zeit zum Handeln und das können wir alle auf die eine oder andere Art und Weise leicht selbst. Darauf wies Rita Schwarzelühr-

Sutter in ihrem Schlusstatement hin. Stimmt: Die eine kann halt doch auf viele Autofahrten verzichten und der andere besser den Ressourcen fressenden Fleischkonsum drosseln. Zehn Prozent geht immer – würde man so denken – meistens mehr. Hoffen wir, dass es reicht.

Oswald Prucker



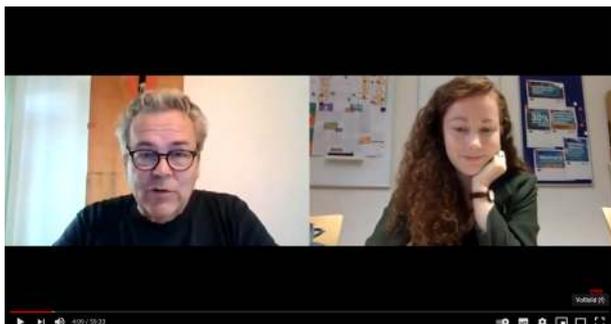
[Link zum Video auf YouTube](#)

Was ist regional wert? Landwirtschaft richtig wertschätzen

In der Corona-Krise boomten Wochenmärkte, Hofläden und regionale Lieferdienste. Denn: Regionale Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung waren und sind krisenfester.

Um die Unterstützung genau dieser regionalen Wirtschaftsstrukturen kümmert sich die Regionalwert AG Freiburg. Wie die Bürgeraktiengesellschaft die Produktion und Verarbeitung von Bio-Produkten fördert, worauf Konsument:innen beim Kauf von Lebensmitteln achten können, damit regionale und nachhaltige Wertschöpfungsräume entstehen – darüber sprach die SPD-Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis Freiburg, Julia Söhne, mit Christian Hiß. Der Gründer und Vor-

stand der Regionalwert AG Freiburg ist Experte für regionale Land- und Ernährungswirtschaft und berichtet über sein neues Projekt "Regionale Leistungsrechnung – QuartaVista".



Das Video dazu gibt es auf Julias YouTube-Kanal:



[Was ist regional wert? Landwirtschaft richtig wertschätzen](#)

Julia Söhne spricht mit Christian Hiß.

Julia mit Hugo on tour

Ab sofort und bis zur Wahl ist Julia mit ihrem mobilen Wahlkampfstand „Hugo“ auch im Landkreis unterwegs und klappert dort die Märkte ab um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Schaut doch mal vorbei! Hier die Termine:

22.7. – 14-16 Uhr – Bötzingen

24.7. – 10-12 Uhr – Umkirch

31.7. – 10-12 Uhr – Breisach

10.8. – 15-17 Uhr – Sölden

14.8. – 10-12 Uhr – Merzhausen

25.8. – 16-18 Uhr – Schallstadt

27.8. – 14-16 Uhr – March



Foto: Ludwig Striet

Bei der Wohnungslosenhilfe in Müllheim

Ende Juni war ich bei der Wohnungshilfe Müllheim zu Besuch und durfte mich über die Situation von Menschen ohne Wohnung weitere Eindrücke verschaffen. Ich wurde von Herrn Heinz und Frau Djordjevic (Leiterin der Wohnungslosenhilfe Müllheim) begrüßt.



Durch mein Engagement beim Paritätischem Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg erfahre ich immer wieder,

durch welche Situationen Menschen in Wohnungsnot geraten.

Die Wohlfahrtsverbände bieten viele Leistungen für Menschen in Wohnungsnot an und versuchen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft wiederherzustellen.

Sie bieten nicht nur Räumlichkeiten an, sondern leisten auch Beratung bei der Antragsstellung und stehen für Fragen zur Verfügung. Die Wohnungslosenhilfe in Müllheim bietet momentan für sieben Menschen eine Unterkunft.

Im Gespräch wurde auch über den aktuellen, aber schon langanhaltenden Wohnungsmangel gesprochen. Ich betonte, dass der Staat als Akteur in den Wohnungsmarkt verstärkt eintreten muss, um den Sozialen Wohnungsbau auf stabile Füße zu stellen. Der Staat kann in diesem Zusammenhang zum Selbstkostenprinzip die Wohnungen vermieten oder gar bei Bedarf die Wohnungen zum Kauf für Familien zur Verfügung stellen. Somit könnte langfristig Stabilität auf dem Wohnungsmarkt sichergestellt werden.

Weiterhin ging es auch um den sog. Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Menschen (EHAP). Der Fonds ist erstmalig für die Förderperiode 2014-2020 eingerichtet worden und wurde in Deutschland in zwei Förderrunden umgesetzt. Einigkeit bestand darin, dass der Fonds durch weitere Mittel für die kommenden Jahre aufgestockt und wieder freigegeben werden sollte. Dies

bietet nicht nur Sicherheit für die Wohnungslosenhilfe an, sondern ist eine gute Stütze für die Menschen in Wohnungsnot. Über die ursprüngliche Förderperiode hinaus hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter der Leitung von Hubertus Heil (SPD) bereits eine einmalige Verlängerung des Fonds in Deutschland bis zum Juni 2022 beschlossen.

Takis Mehmet Ali

Klara Geywitz zur Wahl in Sachsen-Anhalt

Der Plan war schon nach der Landtagswahl in Thüringen mit einer ostdeutschen Politikerin über das Wahlergebnis zu sprechen. Leider kam uns dann Corona dazwischen. Jetzt nach Sachsen-Anhalt haben wir es dann halt digital gemacht und ich habe mich sehr gefreut, dass sich unsere stellvertretende Bundesvorsitzende Klara Geywitz sofort wieder bereit erklärt hat.



Vorweg: Es geht nicht um „Ossi-Bashing“. Wenn es jedoch in 5 Landtagswahlen ein AfD-Ergebnis von über 20% gibt und alle im

Osten liegen, dann ist das schon mal eine Diskussion wert. Auch in anderen Bundesländern bekommen sie ja um die 10%, was gruselig genug ist. Klaras Ansicht nach sind diese 10% Menschen mit offen rechtsextremen Gedankengut überall vorhanden und im Grunde auch nicht mehr erreichbar. Die anderen 10% im Osten sieht sie als von der Demokratie und dem System Abgehängte und Frustrierte, denen man andere und für sie bessere Angebote machen muss, um sie wieder vom Sinn und Nutzen zu überzeugen. Diese Menschen sind es auf jeden Fall wert, um sie zu kämpfen.

Auch über die extrem unterschiedlichen Ergebnisse der einzelnen Parteien in den Bundesländern und über die Auswirkungen, die dies auf die Bundestagswahl haben könnte, haben wir gesprochen. Gerne könnt ihr das ganze Gespräch hier nachhören:



[Rotwild Gespräch mit Klara Geywitz](#)

Birte Könnecke

Endlich mal wieder zusammen

Letztes Jahr im Oktober wurde unser Kreisvorstand neu gewählt und wir haben uns alle über die Verjüngung und die engagierte Unterstützung gefreut. Leider konnten wir aufgrund von Corona dann

unsere geplante Klausurtagung nicht durchführen und auch die Vorstandssitzungen nur digital per Zoom stattfinden lassen. Gerade für neue Mitglieder in so einem Gremium ist das natürlich sehr unerfreulich.

Umso schöner war es, dass wir am 07. Juli nun endlich mal zu einem Treffen zusammen kommen konnten. Wir haben uns im Hofgut Himmelreich getroffen und neben einiger inhaltlicher Arbeit auch noch ein gemeinsames Abendessen genossen. Zunächst standen die anstehenden Termine auf der Tagesordnung und da werden insbesondere die Oktoberwochenenden etwas parteilastig. Am 9. Oktober wollen wir unseren nächsten Kreisparteitag abhalten, auf dem wir zum einen das Amt der KassiererIn nachwählen müssen, da Clara leider unseren Kreis Richtung Freiburg-Stadt verlässt. Des Weiteren müssen Delegierte für den Landesparteitag gewählt werden, der am 23. Oktober voraussichtlich in Freiburg stattfinden wird.



Das Wochenende dazwischen starten wir einen neuen Anlauf, unsere Klausurtagung abzuhalten, um das zweite Arbeitsjahr des Kreisvorstands zu planen und uns mal

ausführlich über Themen austauschen zu können. Eines der Schwerpunktthemen soll dabei die Zukunft unserer Ortsvereine sein und wie wir mehr Mitglieder erreichen und für Mitarbeit begeistern können.



Ein weiterer Punkt betraf unsere noch relativ neuen Diskussionsforen. Diese waren als Angebot gedacht, um den verschiedenen Interessen der Mitglieder gerecht zu werden. Leider werden sie bislang nur sehr wenig angenommen.



Der Bundestagswahlkampf ist im vollen Gange. Auch hier ist unser Landkreis ja in drei Wahlkreise geteilt (genauso wie bei der Landtagswahl). Wir unterstützen unsere drei Kandidierenden nach Kräften und freuen uns, dass zumindest momentan wieder Podiumsdiskussionen und Wahlkampfstände möglich sind. Demnächst

heißt es dann wieder Plakate aufhängen, Flyer verteilen, Erstwählerbriefe ausliefern. Die Ortsvereinsvorsitzenden freuen sich hier über jede Unterstützung.

Bei leckerem Essen wurde dann noch über dieses und jenes geplauscht und alle, die wollten, waren pünktlich zum Anpfiff des EM-Halbfinals wieder zuhause.

Birte Könnecke

Ortskräfte Afghanistan schützen!

Beim letzten digitalen Stammtisch des Kreisverbandes entspann sich eine Diskussion um den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die damit verbundenen Gefahren für die Ortskräfte beim Vordringen der Taliban. Schnell wurde beschlossen, über den Kreisverband eine Resolution auf den Weg zu bringen.

Der Entwurf von Helmut Schöpflin, Rosita Blankenfels und Thomas Thürling wurde mit einer geringfügigen Ergänzung vom Vorstand im Umlaufverfahren beschlossen.

Hier der Text, wie er in den nächsten Tagen an die genannten SPD-Gliederungen geht:

**Resolution des SPD-Kreisvorstands
Breisgau-Hochschwarzwald an den SPD-
Partei Vorstand, die SPD-Bundestags-
fraktion und die SPD-Mitglieder in der
Bundesregierung**

„Ortskräfte Afghanistan schützen!“

Nach über 20 Jahren ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Juni 2021 zu Ende gegangen. Dem voraus ging der Beschluss der US-Regierung, ihre Kräfte aus Afghanistan abzuziehen. Unmittelbar nach der Ankündigung begann die Auflösung der Koalitionstruppen in Afghanistan und der Vormarsch und das Wiedererstarken der Taliban. Deren Ziele sind größtenteils unvereinbar mit unseren Vorstellungen menschenwürdigen Lebens. Damit werden alle Ortskräfte, die für oder mit der Bundeswehr oder anderen Alliierten zusammengearbeitet haben, von den Taliban als Gegner gesehen und zu deren wortwörtlichen Zielscheiben.

Die Bundesregierung hat konsequenter Weise den direkt beschäftigten Kräften der letzten zwei Jahre 2.400 Visa erteilt, um ihnen die Ausreise ins sichere Deutschland zu ermöglichen.

Hiervon wurden jedoch mehrere Tausend Kräfte ausgeschlossen, die entweder im Zeitraum vor den 2 Jahren oder als Beschäftigte von „Subunternehmer“/ Dienstleistern im Auftrag der Bundeswehr gearbeitet haben.

Militärisch ausgetragene Konflikte haben noch nie verlässlich stabile Lösungen geschaffen. Da sich Deutschland trotzdem an diesem Konflikt beteiligt hat, steht es auch in deutscher Verantwortung, unsere bisherigen und von Vergeltungsmaßnahmen der Taliban bedrohten Unterstützer*innen und

Mitarbeiter*innen zu schützen und die Fürsorgepflicht, die Deutschland als mittelbarer oder unmittelbarer Arbeitgeber hat, wahrzunehmen.

Deutschland darf nicht ein Signal aussenden, seine Verantwortung für den Schutz von Menschen, die deutschen Einsatzkräften in Ihrem Einsatz unterstützt haben, abzulehnen. Deutschland riskiert ansonsten bei Einsätzen die notwendige Unterstützung von Ortskräften in vielen Regionen der Welt.



Foto: ISAF Headquarters Public Affairs Office , CC BY 2.0, commons.wikimedia.org

Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass alle Ortskräfte, die in direkter oder indirekter Beziehung für die Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet haben und die dadurch einer Gefährdung durch die Taliban ausgesetzt sind das Angebot erhalten, nach Deutschland einzureisen und ihnen Asyl zu gewähren. In diesem Zusammenhang fordern wir, für die betroffenen Menschen auch entsprechend notwendige Transportressourcen kostenfrei bereitzustellen.

Oswald Prucker

Grün-schwarz hat die Breisgau-S-Bahn aufgegeben

Die Breisgau-S-Bahn bleibt unser Sorgenkind im ÖPNV und wir sind weit von dem entfernt, was für die Bahn einmal vorgesehen war. Durchgängige Verbindungen vom Kaiserstuhl bis in den Hochschwarzwald, von Breisach und Endingen bis Seebrugg und Titisee-Neustadt. Nach der katastrophalen ersten Zeit wurde ein Interimsfahrplan eingeführt, der eben nicht jeweils durchfährt und der auch den Halbstundentakt nicht mehr exakt einhält.



Bild: Anja Limbrunner

Das funktioniert so ungefähr, aber rund läuft es nicht. Jede Woche erleben die Stammgäste Zugausfälle, oft fährt nur ein halbes Gespann zwischen Gottenheim und Schwarzwald und dann ist es in den Zügen kuschelig eng, als gäbe es keine Pandemie.

Jeder Bürgermeister und jeder Kommunalpolitiker kann nach wie vor von wütenden

Reaktionen berichten und so mancher treue S-Bahn-Pendler ist wieder auf's Auto umgestiegen. Ich persönlich kann das niemandem verdenken.

Eine schnelle Lösung zu diesem Problem wird es wohl nicht geben. Der Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), der den Nahverkehr in der Region organisiert, hat aber immerhin einen Vorschlag, wie man mit den technisch wohl sehr anfälligen Alstron-Zügen bei Zugausfall umgehen kann oder auch dann, wenn wegen betrieblicher Probleme Ersatzzüge gebraucht werden. Linderung versprechen zwei weitere Fahrzeuge. Damit könnte man leichter Ersatz auftreiben, das ist nachgerechnet, das geht.

Mehrfach hat der ZRF diese Bitte schon an Verkehrsminister Hermann geschickt. Insgesamt acht Briefe haben Landrätin Störr-Ritter, Landrat Hurth und OB Horn geschrieben. Beantwortet hat der Herr Minister bisher nicht einen selbst. Nicht einen! Antwort kam immer vom Ministerialdirigenten.



Die letzte Antwort hat es in sich, die kriegt man wohl nicht mehr mit Galgenhumor

weggelacht, die treibt einem die Zornesröte ins Gesicht. Da steht doch tatsächlich, dass sich die „Betriebsqualität sehr positiv entwickelt hat“. Die Pünktlichkeit läge bei sagenhaften 95-98%. Spitzenwerte wären das in Baden-Württemberg. Kein Wunder, wenn man die ausgefallenen Züge halt einfach nicht mitzählt. Kein Wunder, wenn der Zug der Pünktlichkeit halber den Fahrgästen vor der Nase wegfährt, die zwangsweise umsteigen und jetzt eine halbe Stunde warten müssen. Ein Hohn!

Ich mag mir gar nicht vorstellen, wie die Stammfahrer in der Breisgau-S-Bahn reagieren würden, wenn ich diesen Brief mal im Zug vorlesen würde. Ich mag es mir nicht vorstellen.

Erklären kann ich mir dieses wirklichkeitsfremde Gefasel eigentlich nur damit, dass Stuttgart und der Verkehrsminister schlicht das Interesse an der Bahn verloren haben. Das erklärt vielleicht auch, dass man von den Herren Landtagsabgeordneten Pix und Rapp der grün-schwarzen Regierungsfractionen auch so gar nichts zum Thema hört. Sie wären eingebunden, heißt es. Kurz angebunden, trifft es schon ein bisschen besser. Abgetaucht, so ist es richtig.

Ich fasse also zusammen: Von grün-schwarz haben wir in Sachen Breisgau-S-Bahn nichts zu erwarten. Konkrete Verbesserungsvorschläge aus der Region werden nicht mal beantwortet. Ein Gutachten wolle man demnächst mit allen Beteiligten entwickeln. Will ich auch

immer, wenn ich keine Lust habe. Die sogenannte Verkehrswende war nur Wahlkampfgedöns. Hermann interessiert sich nicht, ihm reichen die Hochglanzbroschüren und der schicke Webauftritt seiner bewegt-Kampagne.

Oswald Prucker



SPD-Schlussoffensive in der Groko

(aus dem Mitgliederbrief 59 vom Juni 2021)

Die Groko geht bald zu Ende. Zeit für eine Schlussoffensive und die kann ja wohl kaum von den Schläfern der Union kommen. Hubertus und Olaf haben das übernommen. Ein paar Beispiele – geklaut von Twitter:

Nicht nur klatschen



Gerade im [#Bundestag](#) beschlossen: Ab September 2022 werden Pflegeeinrichtungen nur noch Gelder aus der Pflegeversicherung erhalten, wenn sie ihre Beschäftigten mindestens in der Höhe eines [#Pflege-Tarifvertrags](#) bezahlen! 🙌



Wenn es schon keinen Flächentarifvertrag gibt, dann muss man halt anders kreativ werden.

Mal was Konkretes: Steuer-CD



Olaf Scholz
@OlafScholz

Regierungsvertreter*in aus Deutschland

Es soll ja Leute geben, die „vergessen“ ihre Steuern zu bezahlen. Dagegen muss man etwas tun. Zum Beispiel CDs mit relevanten Daten kaufen, um massenhaften Steuerbetrug aufzudecken. Es geht ja nicht um ein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Da gibt es kein Pardon.



Gegen das „Vergessen“! So muss das. Unser Co-Vorsitzender Norbert Walter-Borjans hat das ja schon in seiner Zeit als Finanzminister von NRW vorgemacht. Von seinen CDs haben viele Bundesländer profitiert.

Hätte. Hätte. Lieferkette.



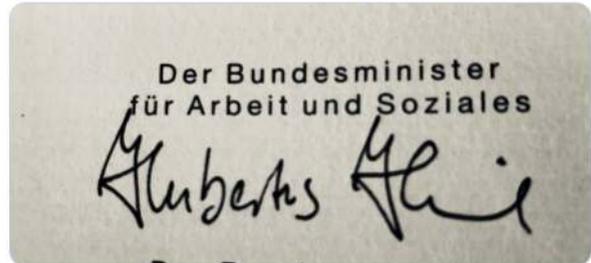
SPD-Fraktion im Bundestag
@spdbt

Heute ist [#WelttagGegenKinderarbeit](#). Gestern haben wir im Bundestag das [#Lieferkettengesetz](#) beschlossen - ein wichtiger Schritt im Kampf gegen [#Kinderarbeit](#). Unternehmen müssen nun dafür sorgen, dass es in ihrer gesamten Lieferkette nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt. 🙌



Hubertus Heil
@hubertus_heil

Ich freue mich, dass ich heute endlich das [#Lieferkettengesetz](#) unterschreiben konnte. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Menschenrechten in der globalen Wirtschaft. [@BMAS_Bund](#) [@spdde](#)



Trotz aller Verwässerungsversuche ist dieses Lieferkettengesetz das stärkste in ganz Europa.

Globale Mindeststeuer

Durch das Einlenken von Joe Biden haben sich die G7-Länder auf eine globale Mindeststeuer für internationale Großkonzerne geeinigt. Ein echter Durchbruch, für den Olaf Scholz schon lange kämpft. Dazu zitiert Generalsekretär Lars Klingbeil einfach die Süddeutsche Zeitung:



Lars Klingbeil
@larsklingbeil

Leseempfehlung.



Globale Mindeststeuer: Olaf Scholz triumphiert - dank Joe Biden
Die globale Mindeststeuer ist historisch, die G7-Pläne epochal: Das goldene Zeitalter der Steueroasen könnte zu Ende gehen. Ein Kommentar
[sueddeutsche.de](#)

Die 15% mögen einem zu niedrig erscheinen. Sie sind aber um unendlich viel mehr, als das, was jetzt gezahlt wird.

Die amerikanische Finanzministerin weiß dabei sehr genau, wo es herkommt. Es ist „Olaf’s baby“:



Mittlerweile sind 130 Staaten dabei und dann gilt es:



**SORRY ALEXA,
AMAZON WIRD
ENDLICH GLOBAL
STEUERN BEZAHLEN.**



Ja wie? Und CDU / CSU?

Fairerweise muss man gestehen, dass die Union auch nicht untätig ist. Da aber das Geschäft mit den Masken nicht mehr so dolle läuft, hat sie sich wieder mehr auf ihre Kernkompetenz Parteispenden konzentriert. Mit Folgen für viele von uns. Dazu unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich:



Zusammengestellt von Oswald Prucker

Die SPD ist Schuld

Seit Rudi Carrell (fragt Mama und Papa, Opa und Oma – oder Wikipedia) wissen wir: „**Schuld daran ist nur die SPD**“. Das stimmt ...

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD IST.

- 1 Kohleausstieg, Klimaschutzgesetz & Milliardenprogramm für Klimaschutz.
- 2 Steuersenkung durch Soli-Abschaffung für 90% der Beschäftigten.
- 3 Einführung Grundrente & Rentengarantie bis 2025.
- 4 Corona-Hilfspakete & erhöhtes Kurzarbeitergeld.
- 5 Brückenteilzeit & Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts.
- 6 Einführung Mindestausbildungsvergütung, Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, Stärkung der Menschenrechte durch Lieferkettengesetz.
- 7 Übernahme von 50% der Zusatzbeiträge der Krankenversicherung durch Arbeitgeber (vorher 0%).
- 8 Mehr Kindergeld & Milliardenpaket für gute Kitas.
- 9 Stärkerer Mieterschutz & 5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.
- 10 Aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung/ Steuerbetrug und Schaffung von Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten.

Da man es schlecht lesen kann, hier die schockierende Liste in großen Buchstaben:

1. Kohleausstieg, Klimaschutzgesetz & Milliardenprogramm für den Klimaschutz.
2. Steuersenkung durch Soli-Abschaffung für 90% der Beschäftigten.
3. Einführung Grundrente und Rentengarantie bis 2025.
4. Corona-Hilfspaket & erhöhtes Kurzarbeitergeld.
5. Brückenteilzeit & Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts.
6. Einführung Mindestausbildungsvergütung, Verbot von

Werkverträgen in der Fleischindustrie, Stärkung der Menschenrechte durch Lieferkettengesetz.

7. Übernahme von 50% der Zusatzbeiträge der Krankenversicherung durch Arbeitgeber (vorher 0%).
8. Mehr Kindergeld & Milliardenpaket für Kitas.
9. Stärkerer Mieterschutz & 5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.
10. Aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung / Steuerbetrug und Schaffung von Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten.

Der Plan: Weiter schuld sein ...

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD SEIN WIRD.

- 1 Sichere Arbeit, höhere Löhne durch 12 Euro Mindestlohn & mehr Tarifbindung.
- 2 Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen.
- 3 Klimaneutralität bis 2045 & massiver Ausbau erneuerbarer Energien.
- 4 Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
- 5 Bürgergeld statt Hartz IV.
- 6 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, darunter 100.000 Sozialwohnungen, für gerechte Mieten & bezahlbares Wohnen.
- 7 Mehr Steuergerechtigkeit & Einführung Finanztransaktionssteuer auf börsliche & außerbörsliche Finanztransaktionen.
- 8 Bessere Löhne und mehr Personal in der Pflege.
- 9 Einführung Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut & Stärkung der Chancengleichheit.
- 10 Stabiles Rentenniveau & -eintrittsalter auch in Zukunft.

1. Sichere Arbeit, höhere Löhne durch 12 Euro Mindestlohn & mehr Tarifbindung.
2. Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen.

3. Klimaneutralität bis 2045 & massiver ausbau erneuerbarer Energien.
4. Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
5. Bürgergeld statt Hartz IV.
6. 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, darunter 100.000 Sozialwohnungen, für gerechte Mieten & bezahlbares Wohnen.
7. Mehr Steuergerechtigkeit & Einführung Finanztransaktionssteuer auf börsliche & außerbörsliche Finanztransaktionen.
8. Bessere Löhne und mehr Personal in der Pflege.
9. Einführung Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut & Stärkung der Chancengleichheit.
10. Stabiles Rentenniveau & -eintrittsalter auch in Zukunft.

Medienecke: Private Fahndungsaufrufe

Sind private Fahndungsaufrufe nach Personen im Netz erlaubt?

NEIN. – Ganz klares nein. **Nur Strafverfolgungsbehörden dürfen nach Personen öffentlich fahnden!**

Damit wäre jetzt eigentlich alles gesagt, wenn die Wahrnehmung von uns in den Sozialen Medien nicht eine andere wäre und wir eben deswegen davon ausgehen, dass dies gemacht und erlaubt ist. Darum

hier ein paar kurze Erläuterungen zum klaren **NEIN:**

Gesuchte Personen, Kinder, Jugendliche, Täter, vermeintliche Täter ... alle Personen besitzen Persönlichkeitsrechte. Ein Bild dieser Personen zu veröffentlichen – ohne deren Zustimmung – stellt eine strafrechtliche Verletzung dieser Rechte da und kann empfindliche Geldstrafen, bis hin zu zusätzlichen zivilrechtlichen Schadensansprüchen hervorrufen. Fahndungsaufrufe, die nicht von der Polizei sind, sind strafbar!

Es dürfen ausschließlich Fahndungsaufrufe der Polizei / der Behörden geteilt werden.

Man darf nicht das Bild downloaden und dann selbst veröffentlichen. Man darf nicht einen Screenshot fertigen und diesen dann teilen oder versenden. Das ist strafbar.

Oft sehen wir einen Aufruf auf Facebook – ein Kind wird gesucht. Man sieht das Bild eines Kindes, einige Angaben und einen Kontakt. Natürlich haben wir Mitleid und teilen fleißig den Aufruf von „Lieschen Müller“. Aber ... wissen wir eigentlich, ob dieser Aufruf echt ist? Liegt hier vielleicht ein Sorgerechtsstreit vor? Ist die Suchanzeige Teil einer Mobbingaktion? Dies ist alles möglich und leider schon sehr oft passiert!

Anderes Beispiel: Die „Schwester / Tochter / Enkelin“ wird vermisst. Das Bild einer jungen Frau, ein paar Angaben und ein Kontakt. Woher wissen wir, dass nicht der Ex-Partner nach ihr sucht? Woher wissen wir, ob die junge Frau sich nicht vielleicht

einer für sie bedrohlichen Lebenssituation entzogen hat (körperliche oder seelische Nötigung, Zwangsehe usw.)? Auch das geschieht bei uns jeden Tag.



Bild: pixabay/gerald286

Noch ein Beispiel: XY veröffentlicht ein Bild, auf dem eine Person zu sehen ist, die sich auf einem Tankstellengelände befindet. Aufruf: Einbrecher gesucht. Wir haben aber tatsächlich null verbindliche Informationen, ob die abgebildete Person die ist, für die sie hier ausgegeben wird und nicht etwa nur ein*e Passant*in. Wir haben null Information, ob es tatsächlich einen Einbruch gab.

Wir können und dürfen nur bei offiziellen und amtlichen Fahndungsaufrufen davon ausgehen, dass die Informationen echt sind. Auch die Strafverfolgungsbehörden dürfen nur unter ganz bestimmten Umständen die Persönlichkeitsrechte „aufweichen“, die zur erlaubten Veröffentlichung von Personenbildern

führen kann. Privatpersonen dürfen dies nicht!

Übrigens – für die Seitenbetreiber unter euch oder auch Gruppenadmins: Unter Umständen haften wir mit dafür, wenn private Suchanfragen auf unseren Seiten / in unseren Gruppen veröffentlicht werden. Hierzu habe ich eine direkte Auskunft der Polizei Freiburg erhalten, die ich gerne auf Wunsch weiterreiche. Meldet euch, wenn ihr daran interessiert seid.

Weiter möchte ich euch diesen Artikel vom Verbraucherschutz empfehlen, der noch etwas tiefer in die Materie geht:

[Private Fahndungsaufrufe in sozialen Netzwerken: Erlaubt oder verboten?](https://www.verbraucherschutz.com/privat-fahndungsaufrufe-in-sozialen-netzwerken-erlaubt-oder-verboden/)
(verbraucherschutz.com)



Wie immer dürft ihr gerne auf mich zukommen, wenn ihr Fragen habt, Hilfe braucht, euch ein Thema wünscht, welches ich hier behandeln soll oder sonst irgendwo der Schuh drückt.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum nächsten Online-Kreisstammtisch am **Dienstag, 17. August ab 19:00 Uhr.**



Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm.

Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Mit dem Mobiltelefon geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.



Mittlerweile haben wir dank Lothar sogar musikalische Begleitung! Textsichere Sänger:innen werden noch gesucht!

Kreis-Forum Kommunalpolitik

Das Forum für alle Kommunalpolitiker:innen und Gemeinderät:innen. Wir wollen in ca. monatlichem Abstand jeweils ein typisches Thema vornehmen. So geht's weiter:

Montag, 26. Juli 2021, 19:00 Uhr

Zoom – Zugangsdaten wie Stammtisch

Der **Mangel an Wohnraum** ist eines der drängendsten Themen unserer Region. Einfache Lösungen gibt es nicht, aber viele Kommunen haben sich auf den Weg gemacht und machen zielgerichtete Wohnbaupolitik. Darüber wollen wir mit **Martin Löffler, Bürgermeister in Müllheim** sprechen.



Bestimmt gibt es aber auch gute Beispiele aus anderen Gemeinden. All das wollen wir an diesem Abend zusammentragen.

Du willst immer informiert bleiben? Dann melde dich bitte bei Ossi Prucker unter prucker@spd-merdingen.de.



[Zoom-Link für das Forum](#)

Meeting-ID: 883 6204 5387
(wie Stammtisch)

Kreisparteitag

Bitte vormerken: Unser nächster turnusgemäßer Kreisparteitag findet statt am:

**9. Oktober 2021 ab 15 Uhr
im Kurhaus Bad Krozingen.**



Es stehen Nachwahlen zum Vorstand und Delegiertenwahlen an. Weitere Details und die Tagesordnung werden rechtzeitig nachgereicht.

Landesparteitag in Freiburg

Ebenso vormerken: Der nächste **Landesparteitag** wird voraussichtlich am **23. Oktober in Freiburg** stattfinden. Näheres berichten wir, sobald es bekannt wird.



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg.

Redaktion:

Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

Kontakt: redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de



WIR IM NETZ

Kommt regelmäßig auf **spd-breisgau-hochschwarzwald.de** und zu Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald.**

Dort sind wir aktueller als im Mitgliederbrief und dort gibt's die meisten Infos einfach viel schneller.

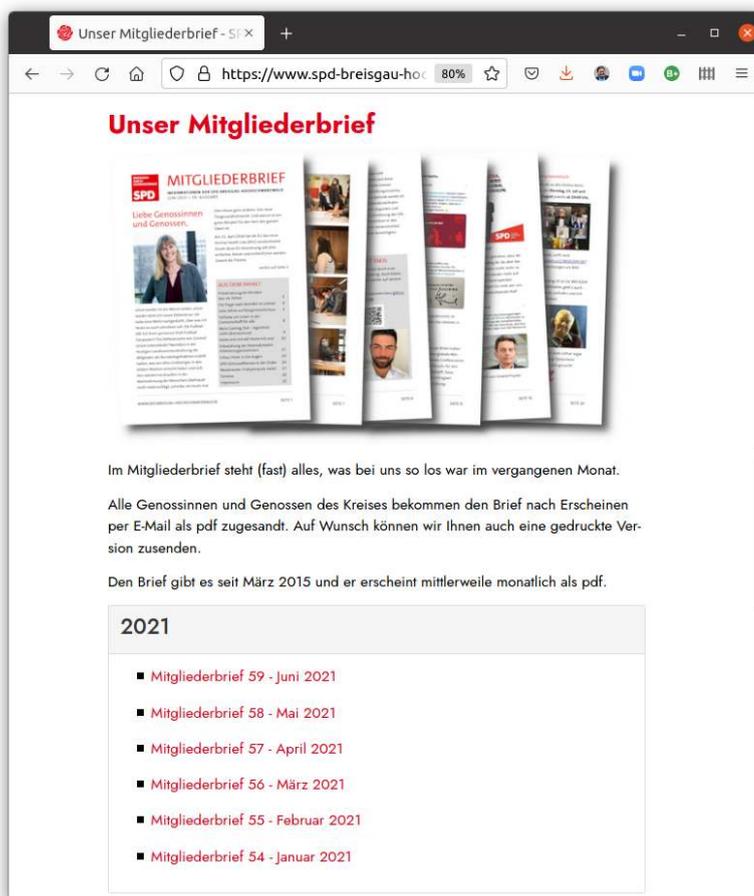


Leider schon zu Ende gelesen ...

Nicht so schlimm, denn weitere
59 Mitgliederbriefe stehen für
dich im Netz bereit.

Die Themen betreffen dabei
alle Felder der Politik von ganz
oben bis zum Kommunalen.
Aber auch unser Parteileben
kommt nicht zu kurz.

Na, wie war das damals beim
Neujahrsempfang vor vier
Jahren? Hier findest du es:



Unser Mitgliederbrief

Im Mitgliederbrief steht (fast) alles, was bei uns so los war im vergangenen Monat.

Alle Genossinnen und Genossen des Kreises bekommen den Brief nach Erscheinen per E-Mail als pdf zugesandt. Auf Wunsch können wir Ihnen auch eine gedruckte Version zusenden.

Den Brief gibt es seit März 2015 und er erscheint mittlerweile monatlich als pdf.

2021

- Mitgliederbrief 59 - Juni 2021
- Mitgliederbrief 58 - Mai 2021
- Mitgliederbrief 57 - April 2021
- Mitgliederbrief 56 - März 2021
- Mitgliederbrief 55 - Februar 2021
- Mitgliederbrief 54 - Januar 2021



**RESPEKT – DAS IST
MEINE IDEE FÜR
UNSERE
GESELLSCHAFT.
DAFÜR KÄMPFE ICH
MIT LEIB UND SEELE,
MIT HERZ UND
VERSTAND.**